

Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
an den 22. Parteitag am 1./2. Dezember 2008 in Stuttgart



CDU

1 **Bewahrung der Schöpfung:**

2 **Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz**

3 **Präambel**

4 1. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die
5 Bewahrung der Schöpfung sind Kernanliegen unserer Politik. Die
6 CDU bekennt sich zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, die
7 den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von
8 Natur, Umwelt und der Lebensqualität der Verbraucher in Einklang
9 bringt und gemeinsam weiterentwickelt. Wir wollen unseren Kindern
10 und Enkeln eine Welt bewahren, die auch morgen lebenswert ist.

11 Der globale Klimawandel ist bereits heute Realität - er beschleunigt
12 sich und wird zur Gefahr für die Schöpfung und die Lebenschancen
13 künftiger Generationen. Dieser Entwicklung entgegenzusteuern und
14 die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu begrenzen,
15 ist unser Ziel. Klimaschutz kann ebenso wie Umweltschutz nur
16 gemeinsam mit den Menschen gelingen. Mit einer „Lokalen Agenda
17 Klimaschutz“ wollen wir Klimaschutzmaßnahmen vor Ort
18 unterstützen und fördern.

19 2. Beim Klimaschutz verfolgt die CDU eine Doppelstrategie: Im
20 eigenen Land wollen wir unsere Klimaschutzziele konsequent
21 umsetzen und so effizient wie möglich CO₂ einsparen; gleichzeitig
22 fordern wir weltweite Anstrengungen und setzen uns dabei für
23 einen globalen Handel mit Emissionsrechten ein.

24 Angesichts knapper Ressourcen benötigen wir eine
25 Energieversorgung, die sicher, wirtschaftlich und umweltverträglich
26 bereitgestellt wird. Deutschland soll bis zum Jahr 2020 den
27 effizientesten Kraftwerkspark der Welt haben. Dabei setzen wir auf
28 einen breit gefächerten Energiemix und eine „Energiepartnerschaft“
29 von Energiewirtschaft, Industrie, Verbrauchern und Politik. Wir
30 wollen die energie- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen so
31 gestalten, dass eine rationellere Verwendung von Energie und
32 Ressourcen möglich wird, eine schnelle Modernisierung des
33 Kraftwerksparks erfolgt sowie eine wirksamere Förderung
34 Erneuerbarer Energien praktiziert wird. Auf absehbare Zeit kann auf
35 den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland
36 nicht verzichtet werden. Sie ermöglicht es, den Zeitraum zu
37 überbrücken, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche
38 Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Im Rahmen

39 unserer Klimaschutzstrategie streben wir eine Laufzeitverlängerung
40 von sicheren Kernkraftwerken an.

41 Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland in der Klima-, Umwelt-
42 und Energieforschung führend bleibt. Wesentliche Fortschritte beim
43 Klima- und Umweltschutz können wir nur durch innovative
44 Lösungen und intelligente technologische Konzepte erreichen.

45 3. Wir begreifen eine nachhaltige marktwirtschaftliche
46 Umweltpolitik als Chance und als Motor für Innovation, Wachstum
47 und Beschäftigung. Unser Ziel ist es, die weltweit führende Rolle
48 Deutschlands bei den Umwelttechnologien weiter auszubauen.

49 Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, den Naturreichtum und die
50 Artenvielfalt unserer Heimat zu bewahren und auch international die
51 Anstrengungen zum Schutz wertvoller Ökosysteme zu verstärken.

52 Wo immer es sinnvoll und möglich ist, werden wir verstärkt
53 marktorientierte umweltpolitische Instrumente einsetzen. Die CDU
54 stärkt durch einen kooperativen Umweltschutz die
55 Eigenverantwortung der Beteiligten und verleiht ihr neuen
56 Schwung. Wir wollen die Chancen des Marktes zu nutzen und
57 umweltfreundliches Verhalten belohnen.

58 Unsere Umweltpolitik ist eine Politik mit Augenmaß: den
59 ökologischen Instrumentenmix wollen wir so gestalten, dass die
60 gesetzten Ziele schnell und effizient erreicht und Investitionsanreize
61 vor allem dort verbessert werden, wo durch Umweltschutz
62 Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden können. In der
63 Europäischen Union setzen wir uns verstärkt für eine
64 Harmonisierung der Rahmenbedingungen ein, um
65 Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Gleichzeitig werden wir
66 auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass die gesetzlichen
67 Regelungen vollzugstauglich sind.

68 4. Mehr denn je kommt es heute darauf an, nicht nur die
69 Umweltprobleme vor Ort zu lösen, sondern auch den weltweiten
70 Herausforderungen gerecht zu werden. Eine hohe Lebensqualität
71 am Standort Deutschland kann nur durch eine wirksame Umwelt-
72 und Klimapolitik sowie eine bürgerfreundliche
73 Verbraucherschutzpolitik gesichert werden, wie sie traditionell von
74 der CDU verfolgt wird.

75 Die CDU steht für eine Verbraucherpolitik, die den Menschen vor
76 unsicheren und gesundheitsgefährdenden Produkten schützt und
77 die ihm hilft, wo er ausgenutzt oder getäuscht wird. Unsere
78 Verbraucherpolitik bleibt aber nicht bei einer bloß reagierenden
79 Schutzfunktion stehen, sondern begreift den Verbraucher als
80 wesentlichen Teilnehmer des Wirtschaftsgeschehens in der
81 Sozialen Marktwirtschaft und Mitgestalter der Globalisierung. Wer
82 verbraucht, gestaltet – die eigene Gesundheit, das eigene Leben

83 und auch die Gegenwart und Zukunft unserer Einen Welt.
84 Verbraucher sind es, die an der Ladentheke über die sozialen,
85 ethischen und ökologischen Bedingungen mitentscheiden, unter
86 denen weltweit Produkte hergestellt werden. Wir werden auch
87 unsere ehrgeizigen Ziele im Klimaschutz nur erreichen, wenn die
88 Verbraucher sie als ihr Anliegen begreifen und umsetzen. Es
89 entspricht unserem Menschenbild, dass wir den Verbrauchern
90 eigenverantwortliches und ethisches Handeln zutrauen. Ziel unserer
91 Politik ist es, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.
92 Verbraucherbildung, zuverlässige Information über Produkte und
93 Dienstleistungen und faire, wettbewerblich organisierte Märkte sind
94 deshalb ganz wesentliche Bestandteile unserer
95 Verbraucherstrategie und unseres Programms zur Bewahrung der
96 Schöpfung.

97 **I. Klimaschutz - für die Zukunft unserer Erde**

98 **I.1 Klimaschutz als Kernziel der Union**

99 5. Der Klimawandel ist bereits heute Realität: die globale
100 Erwärmung schreitet voran und gefährdet die Schöpfung und
101 Lebenschancen künftiger Generationen. Dieser Entwicklung
102 gegenzusteuern, die Schöpfung zu bewahren und unsere
103 natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, sind Kernanliegen
104 christlich-demokratischer Politik.

105 Werden jetzt die richtigen Schritte ergriffen, kann es gelingen, die
106 schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Was
107 wir heute in den Klimaschutz investieren, verhindert in der Zukunft
108 hohe wirtschaftliche Folgekosten sowie Umwelt- und
109 Gesundheitsschäden. Zudem lassen sich sicherheitspolitische
110 Risiken infolge des Klimawandels minimieren. Ein wirksamer
111 Klimaschutz sorgt dafür, dass die Lebensgrundlagen in vielen
112 Regionen intakt bleiben und Flüchtlingsströme oder
113 Verteilungskämpfe um Wasser und andere Ressourcen wie
114 Energieträger verhindert werden. Gleichzeitig gilt es, bereits jetzt
115 geeignete Anpassungsstrategien an veränderte klimatische
116 Bedingungen zu entwickeln.

117 Eine nachhaltige Entwicklung kann gelingen, die den
118 wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz des
119 Klimas und der Umwelt in Einklang bringt.

120 **I.2 Gemeinsam handeln**

121 6. Ein erfolgreicher Klimaschutz erfordert ein weltweit
122 gemeinsames Handeln. Unser Ziel ist es, dazu beizutragen, die
123 Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal 2 Grad Celsius im
124 Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation zu begrenzen.

125 Im Rahmen der EU- und G8-Präsidentschaft unter Führung unserer
126 Bundeskanzlerin Angela Merkel ist Deutschland als Impulsgeber
127 aufgetreten bei der Vereinbarung konkreter Ziele zur CO₂-
128 Reduktion, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Steigerung
129 der Energieeffizienz. Aufgrund der Beschlüsse der Klimakonferenz
130 2008 auf Bali können jetzt erstmalig Verhandlungen zur Reduktion
131 von Treibhausgasen aufgenommen werden, die alle Industrieländer
132 – auch die USA – umfassen. Und auch zum ersten Mal haben sich
133 die Entwicklungsländer bereit erklärt – darunter auch die
134 aufstrebenden wirtschaftlichen Mächte China und Indien -, sich
135 ebenfalls am Klimaschutz zu beteiligen.

136 7. Für die Weiterentwicklung eines erfolgreichen Klimaschutz-
137 Abkommens nach Kyoto sind drei Elemente zentral:

- 138 • Eine gemeinsame Verständigung über den Umfang der
139 Emissionsminderung,
- 140 • eine gemeinsame Verständigung auf faire nationale
141 Beiträge
- 142 • und die Einigung über die Instrumente, welche den
143 Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum
144 gleichermaßen ermöglichen.

145 Vor allem gilt es, bisher abseits stehende Industrieländer sowie die
146 Entwicklungs- und Schwellenländer in ein Kyoto-Plus-Abkommen
147 mit einzubinden. Dabei müssen wir den großen, aufstrebenden
148 Staaten wie China und Indien das Recht auf Entwicklung einräumen.

149 8. Klimapolitik und Entwicklungspolitik gehören für uns
150 untrennbar zusammen. Insbesondere arme Entwicklungsländer sind
151 von der globalen Erwärmung am stärksten getroffen – gleichzeitig
152 fehlen ihnen die technischen und finanziellen Ressourcen, um die
153 notwendigen Klimaschutz- und Anpassungsleistungen zu schultern.
154 Armut verstärkt den Nutzungsdruck auf die Natur und trägt zur
155 weiteren Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung bei.
156 Der Klimawandel wird zum Sicherheitsrisiko. Daher setzt sich die
157 CDU dafür ein, die Entwicklungsländer bei der Begrenzung des
158 Klimawandels und der Bewältigung seiner Folgen stärker zu
159 unterstützen.

160 Vor diesem Hintergrund ist der von Bundeskanzlerin Angela Merkel
161 angeregte Vorschlag, den CO₂-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung
162 weltweit festzulegen und zu begrenzen, ein Beitrag zu mehr
163 Umweltgerechtigkeit und ein Ansatz, um zu einem sinnvollen Dialog
164 zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern zu
165 kommen.

166 9. Von großer Bedeutung ist dabei die globale Einführung des
167 Emissionshandels. CO₂ muss weltweit einen angemessenen Preis
168 erhalten, damit sich Investitionen in klimaverträgliche Technologien

169 rechnen. Klimaschutzmaßnahmen müssen vor allem dort ansetzen,
170 wo Treibhausgase effizient und kostengünstig vermieden werden
171 können.

172 **I.3 Europas Vorreiterrolle stärken**

173 10. Europa nimmt beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle ein. Die
174 Europäische Union wird bis 2020 den Treibhausgasausstoß um 30
175 Prozent reduzieren, wenn andere Länder folgen. Unabhängig davon
176 hat sich die EU bereits jetzt auf eine Reduzierung ihrer Emissionen
177 um mindestens 20 Prozent bis 2020 festgelegt. Darüber hinaus
178 sollen bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert, der
179 Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch
180 ebenfalls auf 20 Prozent erhöht und der Biokraftstoffanteil am
181 Gesamtkraftstoffverbrauch auf 10 Prozent vergrößert werden. Die
182 Europäische Union ist nun gefordert, diese ambitionierten Ziele
183 umzusetzen und damit ihre internationale Vorreiterrolle beim
184 Klimaschutz zu bekräftigen.

185 11. Bereits 2005 hatte die Europäische Union weltweit das erste
186 multinationale und dabei marktwirtschaftliche
187 Emissionshandelssystem für CO₂ eingeführt. Dabei wird eine
188 Obergrenze für den CO₂-Ausstoß festgelegt. Durch den Handel mit
189 Emissionszertifikaten erfolgt die Einsparung von CO₂ innerhalb des
190 Handelssystems dort, wo es am kostengünstigsten ist. Wir setzen
191 uns dafür ein, dieses System zu erweitern, bspw. den Flugverkehr in
192 einen europaweiten Emissionshandel mit einzubeziehen und den
193 Emissionshandel zu einem globalen System weiterzuentwickeln.
194 Deshalb sollte das europäische Emissionshandelssystem für
195 Staaten und Handelssysteme außerhalb der Europäischen Union
196 schnellstmöglich geöffnet und eine Vernetzung mit den in
197 verschiedenen Teilen der Welt bereits existierenden bzw. geplanten
198 Emissionshandelssystemen erreicht werden.

199 **I.4 Deutschlands Führungsrolle beim Klimaschutz auch künftig** 200 **wahrnehmen**

201 12. Deutschland nimmt beim Klimaschutz eine Führungsrolle ein.
202 Von 1990 bis zum Jahr 2005 ist es gelungen, den Ausstoß von
203 Treibhausgasen um fast 19 Prozent zu verringern. Diese
204 Erfolgsgeschichte wollen wir fortsetzen.

205 Wesentliche Fortschritte beim Klimaschutz können wir nur durch
206 innovative Lösungen und intelligente technologische Konzepte
207 erreichen. Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland in der Klima-
208 und Energieforschung führend bleibt. Für unsere Wirtschaft
209 eröffnen sich große Exportchancen und damit die Aussicht auf
210 zukunfts- und krisensichere Arbeitsplätze in Deutschland. Ein

211 effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz wird zunehmend auch
212 zum Kosten- und Standortvorteil.

213 13. Mit dem weltweit einzigartigen „Integrierten Energie- und
214 Klimaprogramm“ (IEKP) wird es Deutschland gelingen, seinen CO₂-
215 Ausstoß gegenüber 1990 bis 2020 um bis zu 40 Prozent zu senken.
216 Dabei setzt Deutschland weitweit Maßstäbe in den Bereichen
217 Energieeffizienz, Erneuerbare Energien bei Strom und Wärme sowie
218 bei Biokraftstoffen und im Verkehr. Entscheidend sind für uns
219 marktwirtschaftliche Anreize statt Zwang.

220 14. Zwei Ziele wird die CDU dabei nicht aus den Augen verlieren:
221 Zum einen müssen die Energiepreise in Deutschland bezahlbar
222 bleiben und wettbewerbsfähig sein. Zum anderen muss
223 Deutschland bei der Energie- und Klimapolitik maßgebend bleiben.

224 Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Energie und
225 der Abhängigkeit Deutschlands vom Import knapper und teurer
226 Energierohstoffe ist eine sichere, umweltfreundliche und
227 wirtschaftliche Energieversorgung für uns von entscheidender
228 Bedeutung. Eine angemessene Teilhabe an Energie darf nicht zur
229 sozialen Frage werden. Um den Anstieg der Energiepreise zu
230 begrenzen, wollen wir auf einen funktionierenden Wettbewerb im
231 Strom- und Gasmarkt hinwirken.

232 **I.5 Erneuerbare Energien als Innovationsbranche ausbauen**

233 15. Bei erneuerbaren Energien ist Deutschland Weltmarktführer.
234 Diese Chance im Hinblick auf ein umweltverträgliches Wachstum,
235 innovative Geschäftsfelder und neue Arbeitsplätze gilt es zu nutzen.
236 Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch
237 muss weiter ausgebaut werden. Bis zum Jahr 2020 wollen wir in
238 Deutschland einen Anteil am Gesamtenergieverbrauch von
239 mindestens 20 Prozent und bei der Stromerzeugung von
240 mindestens 30 Prozent erreichen. Ziel ist, dass die erneuerbaren
241 Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der
242 Energiebereitstellung in Deutschland tragen. Unsere Politik gibt
243 dabei wichtige Impulse für die Entwicklung neuer Technologien.

244 Die Entwicklungschancen der Windenergie im Offshore-Bereich
245 sowie der Solar-, Bio- und Geothermie wollen wir nutzen. Unser Ziel
246 ist es, die erneuerbaren Energien schnell marktfähig zu machen.
247 Auch vor diesem Hintergrund muss der Netzausbau in Deutschland
248 beschleunigt und vereinfacht werden. Die bisher langwierigen
249 Genehmigungsverfahren wollen wir entscheidend verkürzen. Nur
250 mit dieser notwendigen Ausbaubeschleunigung werden wir unsere
251 Ziele bei den erneuerbaren Energien erreichen.

252 16. Durch die Entwicklung alternativer Kraftstoffe wie
253 beispielsweise Biokraftstoffe, Biogas und Wasserstoff oder die

254 Entwicklung innovativer Antriebstechnologien wie beispielsweise
255 Elektrofahrzeuge auf der Basis von Strom aus erneuerbaren
256 Energien können wir uns von der Abhängigkeit von Rohölimporten
257 weiter lösen. Damit es jedoch nicht zu einer kritischen Konkurrenz
258 zwischen Nahrungs- und Energieerzeugung kommt, wollen wir die
259 Entwicklung der Biokraftstoffe der 2. Generation aus Reststoffen
260 vorantreiben. Im Rahmen einer langfristigen Biomassestrategie
261 müssen etwaige Nutzungskonflikte geprüft und
262 Nachhaltigkeitsstandards eingehalten werden.

263 **1.6 Energieeffizienz als preiswertestes und effektivstes Mittel** 264 **zum Klimaschutz voranbringen**

265 17. Weltweit sind durch die Steigerung der Energieeffizienz
266 enorme Einsparpotentiale vorhanden. Die Energieeffizienz gilt als
267 „die am einfachsten zu erntende Frucht“. Allein die weltweiten
268 industriellen CO₂-Emissionen können durch eine Verbesserung der
269 Energieeffizienz um mindestens 7 Prozent des weltweiten CO₂-
270 Ausstoßes gesenkt werden. In Deutschland können durch
271 Effizienzsteigerung 20 Prozent des gegenwärtigen
272 Stromverbrauches wirtschaftlich und ohne Qualitätseinbußen
273 eingespart werden. Deutschland ist nach Japan weltweit die
274 Nummer 2 bei der Energieeffizienz, dennoch gilt es, bei uns ein
275 erhebliches Effizienzpotential zu heben. Deshalb haben wir uns das
276 ehrgeizige Ziel gesteckt, bis 2020 die gesamtwirtschaftliche
277 Energieproduktivität gegenüber 1990 zu verdoppeln.

278 18. Vor allem im Gebäudebereich kann durch
279 Sanierungsmaßnahmen (Dämmung und Austausch veralteter
280 Heizanlagen) bei Altbauten und durch neue Technologien bei
281 Neubauten der Energieverbrauch und damit der CO₂-Ausstoß stark
282 gesenkt werden.

283 19. Bei Elektrogeräten wollen wir mit dem sogenannten Top-
284 Runner Verfahren, bei dem der Verbrauch der effizientesten Geräte
285 zum Standard für die Branche erhoben wird, bedarfsorientiert hohe
286 Einsparungen erreichen.

287 20. Jeder Einzelne kann beim Klimaschutz seinen Beitrag leisten.
288 Es bedarf dazu einer besseren Beratung gerade von kleinen und
289 mittleren Unternehmen (KMU) sowie der Privathaushalte. Wir wollen
290 daher eine „Effizienzstrategie Mittelstand“ ins Leben rufen, die auf
291 eine verbesserte Aufklärung zielt sowie zinsverbilligte Darlehen und
292 Zuschüsse für Energieeffizienzmaßnahmen bereitstellt.

293 21. Um energiebewusstes Verhalten schon in der Schule zu
294 schärfen, wollen wir einen bundesweiten Wettbewerb
295 „Energieeffiziente Schule“ im Rahmen einer bundesweiten
296 Projektwoche „Klimaschutz und Energie“ ins Leben rufen.

297 **I.7 Kraftwerkspark erneuern und Energiemix realistisch**
298 **gestalten**

299 22. Neben der Verbesserung der Energieeffizienz kommt der
300 Energieerzeugung eine zentrale Bedeutung zu. Der deutsche
301 Kraftwerkspark muss deshalb weiter modernisiert und der Neubau
302 effizienter, klimafreundlicher Kraftwerke vorangetrieben werden. In
303 diesem Zusammenhang ist auch der Ersatz alter durch moderne
304 saubere Kohlekraftwerke ein Beitrag zum Klimaschutz. Deutschland
305 soll bis zum Jahr 2020 den effizientesten Kraftwerkspark der Welt
306 haben. Hierbei spielen vor allem die Verbesserung der
307 Wirkungsgrade von Kraftwerken, die stärkere Nutzung der Kraft-
308 Wärme-Kopplung sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien eine
309 wichtige Rolle.

310 23. Um dies zu erreichen, wollen wir eine „Energiepartnerschaft“
311 von Energiewirtschaft, Industrie, Verbrauchern und Politik
312 aufbauen. Mit Energiepartnerschaften können Verbraucher,
313 Energieerzeuger und Staat gemeinsam viel für den Klimaschutz
314 erreichen. Energieerzeuger sollten dabei erhöhte Investitionen in
315 die Netze und den Kraftwerkspark sowie in die Forschung
316 einbringen. Staatlicherseits müssten die Planungs- und
317 Genehmigungsverfahren beschleunigt und verbessert werden. Den
318 Endverbrauchern käme dies durch günstigere Strompreise zu Gute.
319 Gleichzeitig müssen aber die Preisbildung transparent und die
320 Preise vergleichbar gemacht werden, damit der Bürger weiß, wofür
321 er wie viel zahlt.

322 24. Grundlage einer sicheren, umweltverträglichen und
323 wirtschaftlich tragbaren Energieversorgung ist ein breit gefächertes
324 Energiemix, der sowohl fossile Energieträger, erneuerbare Energien
325 aber auch die Kernenergie umfasst. Auf den Beitrag der
326 Kernenergie zur Stromerzeugung kann bis auf weiteres in
327 Deutschland nicht verzichtet werden, da ein Ausstieg entsprechend
328 dem geltenden Ausstiegsszenario sich bis 2020 klimaneutral nicht
329 bewältigen ließe. Wir streben eine Verlängerung der Laufzeiten von
330 sicheren Kernkraftwerken an, bis neue klimafreundliche und
331 wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar
332 sind. Vorrangig ist für uns dabei, das größtmögliche
333 Sicherheitsniveau jeder Anlage zu gewährleisten. Die Rücknahme
334 der Laufzeitverkürzung der Kernkraftwerke ist in einer verbindlichen
335 Vereinbarung mit den Betreibern zu regeln. Ein beachtlicher Teil des
336 zusätzlich generierten Gewinns soll zur Senkung der Energiekosten
337 und zur Forschung im Bereich der erneuerbaren Energie und von
338 Speichertechniken genutzt werden.

339 **I.8 Forschung und Innovation weiter stärken**

340 25. Wir setzen auf eine breit angelegte offene Energieforschung
341 und Technologieentwicklung, die hilft, klimaschonende
342 Energieträger zu erschließen und Klimatechnologien zu entwickeln

343 bzw. weiter zu entwickeln. Hierzu gehören saubere Gas- und
344 Kohlekraftwerke, aber auch die Forschung im Bereich der
345 Kerntechnik und Kernfusion. In diesem Zusammenhang begrüßen
346 wir die bestehende Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und
347 Wirtschaft, die weiter ausgebaut werden sollte. Die vorhandene
348 Expertise Deutschlands bei der Sicherheit kerntechnischer Anlagen
349 gilt es zu bewahren und weiter zu entwickeln. Sie sichert
350 Arbeitsplätze in Deutschland und trägt weltweit zur Sicherheit bei
351 der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei.

352 26. Angesichts der weltweiten Bedeutung fossiler Energieträger,
353 vor allem auch dem wachsenden Anteil von Kohle insbesondere in
354 den Schwellenländern, ist es von großer Bedeutung, deren Einsatz
355 durch Wirkungsgradsteigerung, aber auch durch neue
356 Technologien wie der Speicherung von Kohlendioxid im
357 Untergrund, so klimaverträglich wie möglich zu gestalten. Das
358 Verfahren zur Abtrennung und unterirdischen Lagerung von in
359 Kohle- oder Gaskraftwerken erzeugtem Kohlendioxid steht noch am
360 Anfang. Gelingt es, diese Technik marktreif zu machen, eröffnen
361 sich durch kohlendioxidarme Kohle- und Gaskraftwerke neue
362 Optionen umweltschonender Energieerzeugung.

363 27. Bei Energiespeichern und alternativen Kraftstoffen wollen wir
364 die Forschung im Bereich der Wasserstoff- und
365 Brennstoffzellentechnik intensivieren. Gleichzeitig müssen die
366 infrastrukturellen Voraussetzungen für die Nutzung der
367 Wasserstofftechnik geschaffen werden. Die Weiterentwicklung von
368 Energiespeichern ist auch eine elementare Grundlage für die
369 bessere Nutzung erneuerbarer Energien. Solche Energiespeicher
370 können es ermöglichen, dass die aus Wind und Sonne gewonnene
371 Energie jederzeit nutzbar ist. Nur so können wir die sogenannte
372 Grundlastfähigkeit der Erneuerbaren Energien erreichen. Für
373 Innovationen und die Weiterentwicklung neuer Technologien bei der
374 Übertragung von Strom zeigt sich die CDU, insbesondere vor dem
375 Hintergrund des zu erwartenden Neubaus von Stromkabeltrassen,
376 offen.

377 28. Darüber hinaus wollen wir die Forschung zur nachhaltigen
378 Biomasseerzeugung und zur Optimierung der Relation zwischen
379 Nahrungsmittelproduktion und nachwachsenden Rohstoffen
380 voranbringen.

381 **1.9 Städte und Verkehr als zentrale Herausforderung**

382 29. Städte sind Brennpunkte des Wirtschaftswachstums aber
383 auch des Klimawandels. Zum ersten Mal in der Geschichte der
384 Menschheit leben heute mehr als 50 % der Weltbevölkerung in
385 Städten, im Jahr 2020 werden es bereits mehr als 60 % sein. Auch
386 als Folge eines hohen, häufig wenig effizienten Energieeinsatzes
387 erzeugen sie rund 80 Prozent der klimawirksamen Treibhausgase,

388 obwohl sie nur 0,4 Prozent der Erdoberfläche bedecken. Dem
389 müssen sich Stadtplanung und Infrastrukturausbau stellen.
390 Gleichzeitig wirken sich die Folgen der globalen Erwärmung wegen
391 der dort vorhandenen hohen Menschen- und Wertekonzentration
392 verschärft aus. In unseren Städten wird es sich letztlich
393 entscheiden, ob wir dem Klimawandel durch mehr Energieeffizienz
394 und neue Technologien Einhalt gebieten können.

395 30. Vor allem im Gebäudebereich kann durch energetische
396 Sanierung der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß deutlich
397 gesenkt werden. Regenerative Wärme aus erneuerbaren Energien
398 kann auch im städtischen Raum eine bedeutende Rolle spielen und
399 damit entscheidend zum Klimaschutz mit beitragen. Beispielhaft für
400 eine moderne großstädtische Modellregion möchte der Hamburger
401 Senat mit einem Klimaschutzkonzept, das viele Bereiche des
402 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens einbezieht, eine
403 Vorreiterrolle für wirksamen und nachhaltigen Klimaschutz
404 übernehmen.

405 31. Besonders im Verkehrsbereich kann ein wichtiger Beitrag zur
406 Reduzierung der Treibhausgasemissionen geleistet werden. Als
407 Anreiz ist eine am CO₂- Ausstoß orientierte Kfz-Steuer hierfür ein
408 wichtiger Ansatz. Neben Maßnahmen zur Erhöhung der
409 Kraftstoffeffizienz und der Entwicklung alternativer
410 Antriebssysteme sind weitere Anstrengungen nötig, die zu einer
411 effizienteren Nutzung aller Verkehrsträger und einem Wandel im
412 Mobilitätsverhalten ohne Qualitätseinbußen führen. Hierzu zählen
413 beispielsweise die Stauvermeidung durch intelligente
414 Ampelsysteme und moderne Verkehrsleitsysteme und eine
415 übergeordnete integrierte Verkehrswege- und -netzplanung. Straße,
416 Schiene, Luft und Wasserstraßen müssen zukünftig mit ihren
417 jeweiligen Stärken besser zusammenwirken.

418 **I.10 Klimaschutz bürgernah gestalten**

419 32. Beim Thema Klimaschutz setzen wir vorrangig auf
420 Aufklärung, Eigeninitiative und marktwirtschaftliche Anreize.
421 Klimaschutz kann nur erfolgreich sein, wenn er auch vor Ort und im
422 täglichen Leben praktiziert wird. Ein ordnungspolitischer Rahmen
423 ist dort denkbar, wo auf freiwilliger Grundlage (z. B.
424 Selbstverpflichtung) notwendige Entwicklungen nicht in Gang
425 kommen. Bund, Länder, Landkreise, Städte, Gemeinden und Bürger
426 sollten gemeinsam an einem Strang ziehen. Hierfür wollen wir eine
427 „Lokale Agenda Klimaschutz“ schaffen, die
428 Klimaschutzmaßnahmen vor Ort unterstützt und fördert.

429 Klima- und Umweltschutz sind Querschnittsaufgaben, die auf allen
430 politischen Ebenen ein abgestimmtes Handeln voraussetzen.

431 **II. Umweltschutz – für den Erhalt unserer Heimat und**
432 **Lebensgrundlagen**

433 **II.1 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen**

434 33. Eine hohe Artenvielfalt mit Pflanzen, Tieren und
435 Mikroorganismen ist eine Voraussetzung für sauberes Wasser,
436 gesunde Luft und fruchtbare Böden, auf denen gesunde
437 Nahrungsmittel erzeugt werden können.

438 Eine intakte Natur ist auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor.
439 Schätzungen ergeben einen jährlichen Marktwert der aus den
440 genetischen Ressourcen abgeleiteten Produkte von 500 bis
441 800 Mrd. US \$. Weltweit beträgt der Umsatz von Arzneimitteln
442 pflanzlichen Ursprungs etwa 20 Mrd. US \$ pro Jahr. Auch der
443 Tourismus, der in Deutschland derzeit knapp 3 Millionen
444 Arbeitsplätze sichert, ist auf die Natur angewiesen. Biodiversität
445 sichert Wertschöpfung und Beschäftigung.

446 34. In den letzten 20 Jahren hat Deutschland große Fortschritte
447 beim Schutz der Umwelt gemacht und einen weit
448 überdurchschnittlichen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz in
449 Europa und weltweit geleistet. Seit der Wiedervereinigung ist es
450 unter einer CDU-geführten Bundesregierung innerhalb eines
451 Jahrzehnts gelungen, insbesondere im Bereich der Luftreinhaltung
452 und des Gewässerschutzes einen regelrechten Quantensprung zu
453 erreichen und das Umweltgefälle zwischen Ost- und
454 Westdeutschland abzubauen.

455 35. Die globalen Herausforderungen sind immens: Im Jahr 2025
456 werden knapp 8 Milliarden Menschen auf der Erde leben, im Jahr
457 2050 bereits rund 9,2 Milliarden. Der Nutzungsdruck auf die Natur
458 wird insbesondere in den sich entwickelnden Volkswirtschaften wie
459 China und Indien steigen. Auch national steht der Naturschutz vor
460 neuen Herausforderungen wie etwa Alterung der Bevölkerung,
461 Wanderungsbewegungen sowie der wirtschaftliche und regionale
462 Strukturwandel.

463 **II.2 Neue Ansätze im Naturschutz und bei der Entwicklung der**
464 **Kulturlandschaft**

465 36. Felder, Wiesen, Weiden und Wälder sind ein wichtiger Teil
466 unserer Lebensgrundlage. Sie ernähren uns, schützen die
467 biologische Vielfalt und sind Orte der Erholung. Das Nebeneinander
468 von Nutzung und Naturschutz ist die Stärke ländlicher Räume und
469 sorgt für Biodiversität, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und
470 sozialen Wohlstand in diesen Gebieten. Landwirtschaft,
471 Forstwirtschaft oder Tourismus sind nachhaltig nur in einer
472 funktionsfähigen Natur und in einer vielfältigen Kulturlandschaft
473 realisierbar.

474 Intakte Meeres- und Küstenökosysteme leisten einen bedeutenden
475 Beitrag für die Ernährung und den Küstenschutz. Raubbau an den
476 maritimen Ökosystemen und Überfischung müssen gestoppt und
477 eine nachhaltige Nutzung der Meere und Küsten erreicht werden.
478 Wir setzen uns für ein weltweites Netz des Lebens zu Lande und auf
479 See mit Schutzgebieten und Gebieten differenzierter Nutzung ein.

480 37. Natur und Kulturlandschaften haben die Identität der
481 Menschen über Generationen geprägt. Sie sind nicht nur
482 Lebensraum, sondern auch Orte der Erinnerung, Orte des
483 Zusammenlebens und des zusammen Erlebens mit Familie und
484 Freunden. Diesen „Lebensraum“ Heimat braucht der Mensch
485 gerade angesichts der Globalisierung und Modernisierung ganz
486 besonders.

487 38. Die CDU tritt ein für eine innovative und flexible
488 Naturschutzpolitik. Instrumente und Maßnahmen müssen den
489 jeweiligen lokalen und regionalen natürlichen Gegebenheiten sowie
490 den ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen
491 angepasst werden. Kooperation mit den Vor-Ort Betroffenen ist eine
492 unabdingbare Voraussetzung für eine gelingende
493 Naturschutzpolitik. Wir treten für folgende Schwerpunktziele ein:

494 ● Zur Sicherung der nachhaltigen Funktionsfähigkeit der
495 Ökosysteme setzt sich die CDU für eine Vernetzung ökologisch
496 besonders wertvoller Gebiete in einem Verbundsystem unter
497 stärkerer Einbindung der Kulturlandschaften ein.

498 ● Elemente der Kulturlandschaft, die das Resultat historischer
499 Nutzungsformen sind (z.B. Heiden, Streuwiesen, Niederwälder),
500 bedürfen zur Erhaltung einer nachhaltigen Nutzung oder
501 angepassten Pflege. Die CDU setzt sich daher für die
502 Weiterentwicklung von Instrumenten des Natur- und
503 Landschaftsschutzes wie bspw. Vertragsnaturschutz und
504 Einrichtung von Ökokonten für Pflegemaßnahmen ein.

505 ● Möglichkeiten eines stärkeren privaten finanziellen
506 Engagements, wie z.B. von Stiftungen, bei der Unterhaltung von
507 Naturparks und Schutzgebieten wollen wir prüfen.

508 ● Die europäische Agrarpolitik muss insbesondere bei der
509 finanziellen Flankierung des Strukturwandels in den ländlichen
510 Räumen gestärkt werden und dabei den Naturschutz als
511 Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum stärker berücksichtigen.

512 ● Die Flora-Fauna-Habitat- und die Vogelschutzrichtlinie wollen
513 wir mit Augenmaß umsetzen und dabei mehr als bislang auch die
514 sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen in den
515 betroffenen Gebieten berücksichtigen.

516 ● Die Erforschung der Reaktion der Ökosysteme auf neue
517 Entwicklungen wie den Klimawandel wollen wir in den Mittelpunkt
518 der Ökosystemforschung stellen. Dabei sind auch
519 Langzeitforschung und Dauerversuche wichtig. Darüber hinaus
520 wollen wir auch regionalspezifische Anpassungsstrategien bspw.
521 die Züchtung trocken- und hitzetoleranter Pflanzensorten stärker als
522 bislang entwickeln.

523 ● Die Einstellung der Menschen zur Natur ist von großer
524 Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wollen wir einen Schwerpunkt
525 auf eine Bildung und Erziehung legen, die den Wert der Natur noch
526 stärker vermittelt.

527 **II.3 Globale Verantwortung im Naturschutz übernehmen**

528 39. In vielen Entwicklungsländern entwickelt sich ein
529 Teufelskreis aus Übernutzung, Armut, daraus resultierender
530 weiterer Übernutzung und Verschlimmerung der Armut. Die
531 Entwicklungszusammenarbeit muss daher den Schutz der
532 natürlichen Lebensgrundlage zu einem Schwerpunkt ihrer
533 Bemühungen machen.

534 Um unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden, wollen wir
535 Hilfe leisten beim Aufbau guter Regierungsstrukturen zur
536 Durchsetzung einer nachhaltigen Umweltpolitik. Auch an der
537 Entwicklung von anspruchsvollen Nachhaltigkeitskriterien in
538 unbürokratischen globalen Zertifizierungssystemen für den
539 internationalen Handel mit Produkten werden wir uns beteiligen.

540 In internationalen Verhandlungen wollen wir die Anstrengungen
541 zum Schutz der Wälder und Feuchtgebiete in Entwicklungsländern
542 verstärken. Dabei gilt es insbesondere, Anreizsysteme für
543 vermiedene Entwaldung zu schaffen. Wir befürworten die
544 Weiterentwicklung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen
545 (UNEP) zu einer eigenständigen Umweltorganisation, um dem
546 globalen Schutz von Natur und Umwelt mehr Gewicht zu verleihen.

547 **II.4 Boden – einen wertvollen „Rohstoff“ erhalten**

548 40. Boden ist eine nicht erneuerbare Ressource, Grundlage und
549 Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen.
550 Als Puffer und Speicher ist Boden für Nährstoffe, den Grund-
551 /Trinkwasserschutz und ebenso für Klima und Atmosphäre von
552 herausragender Bedeutung. Funktionstüchtiger Boden kann
553 erheblich zur Minderung der Klimafolgen beitragen – insbesondere
554 im Hinblick auf Niederschlag und schädliche Klimagase.

555 41. In Deutschland, mit etwa 220 Einwohnern pro km² doppelt so
556 dicht besiedelt wie der EU-Durchschnitt, unterliegt die Bodenfläche

557 im Besonderen vielfältigen und oft konkurrierenden
558 Nutzungsinteressen: Rohstoffabbau, Siedlung, Verkehr, Erholung,
559 land- und forstwirtschaftliche Nutzung. Dabei weisen gerade
560 industriell vorgeprägte Räume oft schädliche Bodenveränderungen
561 im Sinne von Altlasten auf.

562 Gleichwohl existiert ein seit Jahrzehnten unverändert hoher
563 Flächen(neu)verbrauch von etwa 100 ha pro Tag. Diese Zunahme
564 von Siedlungs- und Verkehrsflächen geht vorrangig zu Lasten von
565 Agrar-, Wald-, Naturflächen, aber auch zu Lasten der Lebensqualität
566 insbesondere durch Zersiedlung. Hinzu kommt ein immenser
567 Bestand von Altflächen gewerblicher und nicht gewerblicher
568 Vornutzung, der rechnerisch den Neubedarf von Flächen für
569 mehrere Jahre deckt.

570 **II.5 Intelligentes Flächenmanagement – für eine schonende und** 571 **nachhaltige Nutzung**

572 42. In Deutschland wollen wir strategische Lösungsansätze zur
573 Inanspruchnahme und zum Verbrauch der Ressource Boden
574 entwickeln. Die Flächennutzung muss angemessen und
575 standortgerecht sein. Eingriffe sind mit Blick auf irreversible
576 Bodenveränderungen oder gar -schäden auf ein Minimum zu
577 beschränken. Flächenrecycling, -aufbereitung muss Vorrang vor
578 Flächenneuverbrauch haben. Altflächen sind Potential-Flächen, die
579 für die Wiedernutzung prioritär sein müssen. Sie sollen für eine
580 Siedlungs- oder Gewerbeentwicklung wieder verkehrsfähig gemacht
581 oder aber renaturiert werden. Flächenressourcenmanagement ist
582 umweltschonendes und kostensenkendes Ziel.

583 43. Wir wollen den Flächenverbrauch auf 30 ha / Tag bis zum
584 Jahr 2020 reduzieren und für ein Flächenressourcenmanagement
585 finanzielle Anreizinstrumente entwickeln. Bis zum Jahr 2015 soll
586 eine Halbierung des Altflächenbestands in Deutschland durch
587 Reaktivierung oder Recycling - auch als Ausgleichs- und
588 Ersatzmaßnahme erfolgen. Darüber hinaus wollen wir Anreize zur
589 Minderung des Flächenverbrauchs und zur Stärkung des
590 Flächenrecycling schaffen, die sich an dem Eingriffsgrad
591 bemessen. Wir beabsichtigen, Anreize für interkommunale,
592 intraregionale Abstimmung bei Gewerbeansiedlung zu setzen, die
593 Grundsteuer auf Altflächen an die potentiell mögliche Nutzung
594 anzupassen, vereinfachte Erwerbsmöglichkeit von Altflächen für
595 Kommunen zu schaffen sowie die Abschreibungsmöglichkeiten von
596 Sanierungsaufwendungen zu verbessern.

597 Zur Steuerung der Flächennutzung und -aufbereitung befürworten
598 wir eine verbindliche Entwicklung von Managementplänen,
599 vereinfachtes Daten-, Planungsmaterial zum Boden sowie die
600 Bildung von Altflächenpools für Bund, Land und Region.

601 44. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für das Ziel der
602 Harmonisierung von Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen sowie
603 von Umweltstandards ein. Vorrangig müssen einerseits regionale
604 Defizite behoben und andererseits Vorleistungen in Mitgliedstaaten
605 mit einem hohen Umweltniveau wie in Deutschland anerkannt
606 werden.

607 **II.6 Wasser schützen und vernünftig nutzen**

608 45. Wasser bildet die Voraussetzung und Grundlage allen
609 Lebens: Es ist elementarer Lebensraum für Pflanzen und Tiere.
610 Zudem ist es unser wichtigstes Lebensmittel und unverzichtbar für
611 die Hygiene; die Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine
612 einwandfreie Entsorgung des Abwassers sind Voraussetzung für
613 den Erhalt unserer Gesundheit. Zugleich ist Wasser ein
614 bedeutender Freizeit- und Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor.
615 Überdies liefert Wasserkraft rund ein Drittel des Stroms aus
616 erneuerbaren Energien in Deutschland.

617 46. Wir verfügen über ausreichend und qualitativ hervorragendes
618 Trinkwasser, das allerorts bedenkenlos getrunken werden kann. Die
619 Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Trinkwasserqualität ist
620 flächendeckend sichergestellt. Es ist unsere Aufgabe, die Qualität
621 der deutschen Gewässer weiter zu verbessern. Viele Gewässer sind
622 nach wie vor mit Fremdstoffen belastet. Insbesondere aus der
623 Landwirtschaft gelangen immer noch zuviel Phosphat, Stickstoff
624 und Pflanzenschutzmittel in die Flüsse. Infolge von
625 Wasserbaumaßnahmen sind nur noch etwa ein Fünftel der
626 insgesamt 400.000 Kilometer langen deutschen Flüsse und Bäche in
627 einem naturnahen Zustand. Unter Berücksichtigung der Vorgaben
628 der EU-Wasserrahmenrichtlinie muss sich die Gewässerpolitik der
629 Zukunft an folgenden Eckpunkten ausrichten:

- 630 • **Zusammenhängende Betrachtung:** Grundwasser und
631 Oberflächenwasser stehen – ungeachtet staatlicher
632 Grenzen – in enger Wechselwirkung. Unsere
633 anspruchsvollen Anforderungen an die Gewässerqualität
634 wollen wir auch in Europa und insbesondere gemeinsam
635 mit unseren Nachbarländern umzusetzen;
- 636 • **Schadstoffe vermindern:** Der Schadstoffeintrag an
637 Schwermetallen, Pflanzenschutzmitteln und deren
638 Metaboliten, von Arzneimittelwirkstoffen sowie von
639 Nährstoffen und bakteriellen Verunreinigungen etc. muss
640 vermieden bzw. noch stärker reduziert und
641 Vorsorgemaßnahmen für seuchenhygienische Probleme
642 weiterentwickelt werden;
- 643 • **Vorbeugen ist besser als Heilen:** Vorausschauender
644 Gewässerschutz bewirkt letztlich mehr und ist langfristig
645 preiswerter als das nachträgliche Beheben von Schäden
646 und Fehlern;

647 • **Ausgleich widerstreitender Interessen:** Gewässerschutz ist
648 ein zentraler Aspekt des Umweltschutzes, berührt aber
649 regelmäßig auch andere, insbesondere wirtschaftliche
650 Belange. Als Aufgabe unserer Umweltpolitik sehen wir
651 daher, unter Beachtung des Gebots der
652 Verhältnismäßigkeit, einen Ausgleich widerstreitender
653 Interessen herbeizuführen.

654 47. Wir halten den verstärkten Anbau von Energiepflanzen auf
655 zuvor stillgelegten Flächen oder auf Grünflächen einhergehend mit
656 einer verstärkten Düngung und dem Einsatz von
657 Pflanzenschutzmitteln unter der Maßgabe für sinnvoll, dass es nicht
658 zu erhöhten Einträgen von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln ins
659 Grundwasser kommt.

660 Um den hohen Standard der Abwasserentsorgung in Deutschland
661 langfristig nachhaltig zu sichern, sind Anpassungen an den Stand
662 der Technik, eine weitere Optimierung des Betriebs sowie eine
663 regelmäßige Erneuerung, Sanierung und Modernisierung der Kanäle
664 und Anlagen notwendig. Eine besondere Rolle spielen angesichts
665 des Bevölkerungsrückgangs im Zuge des demografischen Wandels
666 Anpassungsmaßnahmen wie vermehrtes Spülen der Leitungen, eine
667 angepasste Dimensionierung oder der Rückbau von Netzen und
668 Anlagen sowie dezentrale Konzepte zur Abwasserbeseitigung.

669 48. Zur Steigerung der Effizienz und Erhöhung der
670 Wettbewerbsfähigkeit befindet sich die kleinteilig und dezentral
671 strukturierte deutsche Wasserwirtschaft in einem
672 Modernisierungsprozess. Wir begrüßen die Entwicklung effizienter,
673 kundenorientierter und wettbewerbsfähiger
674 Dienstleistungsunternehmen und räumen dabei umwelt- und
675 gesundheitspolitischen Belangen einen hohen Stellenwert ein. Die
676 Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit Trinkwasser sowie
677 die Entsorgung des Abwassers sind Aufgaben der Daseinsvorsorge
678 und liegen in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Wir
679 wollen sie in einem Miteinander von kommunalen und privaten
680 Unternehmen den steigenden Wettbewerbsanforderungen
681 anpassen. Ein bundesweites, transparentes Benchmarking der
682 öffentlichen und privaten Unternehmen ist dabei ein sinnvolles
683 Instrument, das wir ausbauen wollen. Die wasserwirtschaftlichen
684 Kompetenzen und technischen Innovationen wollen wir fördern und
685 befürworten den Aufbau einer Innovationsplattform Wasser.

686 **II. 7 Neue Herausforderungen der Wasserwirtschaft durch den** 687 **Klimawandel**

688 49. Der Klimawandel erfordert auch ein Umdenken bei
689 wasserpolitischen Fragen. Zum einen kann die sinnvolle Nutzung
690 von Wasserkraft dabei helfen, Treibhausgasemissionen zu
691 verringern. Zum anderen muss sich Deutschland insbesondere

692 beim Hochwasserschutz auf neue klimatische Gegebenheiten
693 einstellen.

694 Der Klimawandel lässt längere und trockenere Sommer erwarten.
695 Dies kann in erhöhtem Maße Rückhaltebecken für Trink- und
696 Brauchwasser zur Bewässerung im Pflanzenbau erforderlich
697 machen. Ferner kann es die Nutzung von Flusswasser als
698 Energiequelle erschweren. Gleichwohl räumen wir der
699 Energiegewinnung insbesondere durch die große Wasserkraft zur
700 Vermeidung von Treibhausgasen eine besondere Bedeutung ein.
701 Darüber hinaus messen wir der weiteren Erforschung der Nutzung
702 der Gezeitenkräfte durch den Einsatz von
703 Meereswasserkraftanlagen einen hohen Stellenwert bei.

704 Mögliche Beeinträchtigungen des Grundwassers durch die – zur
705 CO₂-Minderung wünschenswerten – verstärkte Nutzung der
706 Geothermie können zu einem Interessenkonflikt führen. Die
707 Auswirkungen müssen weiter analysiert und entsprechende
708 Lösungen entwickelt werden.

709 50. Der Klimawandel wird voraussichtlich auch zu häufiger
710 auftretenden Überflutungen führen. Steigende Meeres- und
711 Flussspiegel werden den Schutzeffekt von Wellenbrechern und
712 Kaimauern schwächen. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich
713 grenzübergreifend abstimmen, um ein wirksames
714 Hochwasserrisikomanagement zu etablieren. Dem Privatsektor wird
715 bei der Anpassung die veränderten Rahmenbedingungen eine
716 entscheidende Rolle zukommen. Die sinnvolle Nutzung von Public
717 Private Partnership (PPP-)Modellen sehen wir als eine Möglichkeit
718 an, kostspielige Maßnahmen wie die Anhebung von Deichen, die
719 Umsiedlung von Häfen, Industrieanlagen sowie einzelnen
720 Siedlungen aus tief liegenden Küstengebieten finanzierbar zu
721 machen. Dies erfordert eine unmittelbare Berücksichtigung bei der
722 Raum- und Flächennutzungsplanung und eine Anpassung von
723 Baunormen und bei der Einrichtung von Frühwarnsystemen für
724 Hochwasser.

725 **II.8 Abfall- und Ressourcenmanagement – die Kreislaufwirtschaft** 726 **intensivieren**

727 51. Die CDU hat die Abfallwirtschaft in Deutschland zu einem
728 Erfolgsmodell entwickelt, das weit über nationale und europäische
729 Grenzen als vorbildlich gilt. Wir begreifen unsere Rohstoffe, die
730 immer knapper und teurer werden, als Wertstoffe, die dem
731 Nutzungskreislauf erhalten werden müssen.

732 Aufgrund veränderter Rahmen- und Marktbedingungen besteht
733 jedoch die Notwendigkeit, das Abfall- und Ressourcenmanagement
734 in Deutschland weiter zu entwickeln. Die CDU setzt sich dafür ein,
735 die beiden Grundprinzipien unserer Abfallwirtschaft, das

736 Verursacherprinzip und die Produktverantwortlichkeit konsequent
737 umzusetzen und an die sich verändernde Produkt- und
738 Entsorgungslandschaft anzupassen.

739 52. Wir wollen die Abfallwirtschaft und das
740 Ressourcenmanagement stärker in den europäischen Kontext
741 stellen. Angesichts der zunehmenden Kompetenz und rechtlichen
742 Rahmensetzungen durch die europäische Ebene ist eine
743 Harmonisierung innerhalb der EU in Praxis und Vollzug dringend
744 notwendig. Vor dem Hintergrund der mittlerweile existenziellen
745 Bedeutung einer künftigen europäischen Energieversorgung
746 erscheint uns der Vorrang stofflicher Verwertung vor energetischer
747 Verwertung nicht mehr zeitgemäß. Die europäische Perspektive
748 liegt langfristig vielmehr in einer weitgehenden Gleichsetzung der
749 beiden Verwertungswege.

750 Die CDU setzt sich im Entsorgungsbereich für einen offenen
751 europäischen Markt ein. Im Gegenzug müssen die
752 Entsorgungswege innerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes
753 wesentlich transparenter werden.

754 53. Im Abfallbereich wollen wir dafür sorgen, dass rechtliche
755 Regelungen übersichtlicher und technische Standards einfacher,
756 klarer und eindeutiger werden. Eine Bündelung und Harmonisierung
757 der unterschiedlichen rechtlichen Vorgaben und Definitionen ist
758 sinnvoll – vor diesem Hintergrund befürwortet die CDU eine
759 Integration der Verpackungsverordnung in das
760 Kreislaufwirtschaftsgesetz.

761 54. Die unverkennbare Oligopolbildung in der deutschen bzw.
762 europäischen Entsorgungswirtschaft betrachten wir mit großer
763 Sorge. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine stärkere
764 Steuerungskompetenz der Kommunen, insbesondere im Bereich
765 der häuslichen Abfälle ein. Hier erwarten unsere Bürger zu Recht
766 eine ganzheitliche Lösung. Damit zusätzliche Synergieeffekte,
767 höhere Gesamteffizienz und technische Innovationen möglich
768 werden, wollen wir das Duale System und die aktuellen Standards
769 weiter entwickeln. Die Produktverantwortlichkeit der privaten
770 Wirtschaft muss dabei nach wie vor garantiert und die Finanzierung
771 für die Kommunen gesichert sein. Bei der Entsorgung von
772 Gewerbeabfällen befürworten wir die Verantwortung der privaten
773 Entsorgungswirtschaft. Insgesamt setzen wir uns für eine
774 Gleichwertigkeit von privater und öffentlicher Aufgabenerfüllung
775 und Verantwortlichkeit ein.

776 **II.9 Umweltschonende Mobilität – alle Verkehrsträger einbinden**

777 55. Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für die
778 Teilnahme am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben sowie
779 für Handel und Produktion. Mobilität hat aber auch belastende

780 Auswirkungen für die Umwelt und die Gesundheit: zum Beispiel
781 beträgt der verkehrsbedingte Kohlendioxid (CO₂)-Ausstoß in
782 Deutschland ein Fünftel des Gesamtausstoßes und trägt so zum
783 Klimawandel bei. Luftverunreinigungen, Lärm und der stetige
784 Verkehrszuwachs, insbesondere im Freizeitbereich, beeinträchtigen
785 darüber hinaus Gesundheit, Natur und Landschaft.
786 Hochrechnungen gehen davon aus, dass der Anteil des
787 Straßenverkehrs am gesamten Verkehr bis zum Jahr 2015 auf zwei
788 Drittel angewachsen sein wird. Das Ziel Mobilität und Umweltschutz
789 zu vereinbaren, ist daher eine Herausforderung für die Politik und
790 bedarf komplexer Lösungsansätze.

791 56. In Zukunft müssen verstärkte Anstrengungen zur
792 Reduzierung der Treibhausemissionen im Transportsektor
793 unternommen werden. Entscheidende Schlüssel sind die
794 technische Motorenoptimierung zur Erhöhung der
795 Kraftstoffeffizienz und Verbrauchsreduzierung sowie die
796 Entwicklung alternativer Antriebssysteme. Als Anreiz ist eine am
797 CO₂- Ausstoß orientierte Kfz-Steuer hierfür ein wichtiger Ansatz.

798 57. Durch die Entwicklung alternativer Kraftstoffe, wie
799 beispielsweise Wasserstoff, und innovativer Antriebstechnologien
800 kann das Ziel der Entwicklung preisgünstiger, sauberer Kraftstoffe
801 vorangetrieben werden. Für eine positive CO₂-Bilanz ist bei der
802 Entwicklung der Wasserstofftechnologie insbesondere die
803 regenerative und wettbewerbsfähige Erzeugung des Wasserstoffs
804 zu gewährleisten. Zusammen mit Wissenschaft und Wirtschaft
805 wollen wir den Aufbau eines „Wasserstoff-Netzes“ in Deutschland
806 prüfen, um die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Nutzung
807 der Wasserstofftechnik zu schaffen. Die Entwicklung von
808 Biokraftstoffen der 2. Generation aus Reststoffen wollen wir
809 vorantreiben. Beim Import und bei der heimischen Produktion von
810 Biomasse muss allerdings auf Nachhaltigkeit des Anbaus geachtet
811 werden, um eine positive Klima- und Umweltbilanz über den
812 gesamten Produktions- und Verbrauchszyklus sicherzustellen.

813 58. Eine weitere Senkung des Kraftstoffverbrauchs und dadurch
814 bedingte Verbesserung der Emissionsbilanz kann durch die
815 Schulung in ökonomischer und umweltschonender Fahrweise
816 erreicht werden. Derartige Schulungen müssen in den
817 Ausbildungsplan von Führerscheinanwärtern aufgenommen sowie
818 als Auffrischungstraining angeboten werden.

819 59. Darüber hinaus wollen wir weitere Maßnahmen ergreifen, die
820 zu einer effizienteren Nutzung aller Verkehrsträger und zu einem
821 Wandel im Mobilitätsverhalten führen. Hierzu zählen beispielsweise
822 auch eine stauvermeidende Verkehrssteuerung durch intelligente
823 Ampelsysteme und moderne Verkehrsleitsysteme. Straße, Schiene,
824 Luft und Wasserstraßen müssen zukünftig mit ihren jeweiligen
825 Stärken besser zusammenwirken, um Verkehrsabläufe effizienter zu

826 gestalten und Klimabelastungen zu verringern. Generell müssen
827 vorrangig wertschöpfende Verkehre begünstigt werden.

828 60. Jeder Bürger kann eigenverantwortlich zur Reduzierung der
829 verkehrsbedingten Umweltbelastungen beitragen. Dies gilt
830 insbesondere für den Freizeitverkehr, der bislang in Deutschland
831 zwei Drittel des Pkw-Verkehrs ausmacht. Das Fahrrad spielt als
832 umweltfreundliches Verkehrsmittel eine Schlüsselrolle. Die Union
833 setzt sich konsequent für die Stärkung des Radverkehrs und die
834 bessere Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln ein.

835 61. Die neue Flexibilität und Angebotsvielfalt im Flugverkehr,
836 gerade durch die sogenannten Billigflüge, hat neue Perspektiven an
837 Mobilität eröffnet. Allerdings trägt der weltweite Luftverkehr
838 innerhalb des Verkehrssektors einen wachsenden Anteil an den
839 gesamten vom Menschen verursachten Klimaauswirkungen; etwa
840 ein Drittel dieser Emissionen werden europaweit verursacht. Wir
841 befürworten die Einbindung des Flugverkehrs in das europäische
842 und langfristig in ein offenes, globales
843 Emissionshandelssystem, um Wettbewerbsverzerrungen zu
844 vermeiden. Darüber hinaus sind die Schaffung eines umfassenden
845 Flugverkehrsmanagement und einer optimierten
846 Flugverkehrskontrolle kosteneffiziente Maßnahmen, um die CO₂-
847 Emissionen weiter zu verringern. Auch muss die Schaffung eines
848 einheitlichen Luftraumes dringend vorangetrieben werden, der
849 Einsparpotentiale beim Treibstoffverbrauch von bis zu 12 Prozent
850 birgt.

851 62. Der Transportweg Bahn leistet einen wichtigen Beitrag zum
852 Umweltschutz. Eine Reduzierung der durch den Anstieg des
853 Schienenverkehrs bedingten Treibhausgasemissionen muss durch
854 eine bessere Auslastung im Nah- und Fernverkehr sowie die
855 technische Optimierung von Zugsystem und Infrastruktur erreicht
856 werden. Hier müssen Anreize geschaffen werden, um die
857 Anwendung verbesserter Technologien und die Attraktivität des
858 Transportmittels Bahn zu steigern. Damit der Verkehrsträger
859 Schiene seinen wichtigen Aufgaben gerecht werden kann, wird die
860 Union dafür Sorge tragen, dass die Bahnreform in Deutschland zum
861 Abschluss gebracht und dass der diskriminierungsfreie Netzzugang
862 für die Wettbewerber der Bahn gewährleistet wird. Die
863 Privatisierung der Bahn ist notwendig, um sie fit für die Zukunft zu
864 machen. Dazu braucht die Bahn das Know-how und den Einfluss
865 privater Geldgeber. Wir setzen uns darüber hinaus für Zweckanreize
866 für Umweltschutzmaßnahmen im Bereich der Schiene ein. Zur
867 Lärmvermeidung müssen die Raum- und Bauleitplanungen in den
868 Ländern entsprechend ausgerichtet werden: es bedarf einer
869 Verdichtung der Wohnbebauung und des Gewerbes an den
870 Entwicklungsachsen des Nahverkehrsnetzes.

871 63. Im Bereich des Pkw-Verkehrs spricht sich die Union für eine
872 flexible Gestaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung, also für den

873 vermehrten Einsatz von „elektronischen Schilderbrücken“ auf
874 deutschen Autobahnen aus, die situationsbedingte
875 Geschwindigkeitsbeschränkungen ermöglichen und für den
876 Autofahrer nachvollziehbar sind und akzeptiert werden. Die
877 Einführung eines starren Tempolimits benötigen wir nicht. Die
878 Autobahnen in Deutschland gehören zu den sichersten Straßen
879 weltweit, wie auch ein europäischer Vergleich der Unfallstatistik
880 zeigt. Eine Harmonisierung von Geschwindigkeitsbeschränkungen
881 auf Autobahnen innerhalb der Europäischen Union wäre aufgrund
882 der unterschiedlichen Ausbaustandards der Straßen und damit
883 verbundenen gravierenden Unterschieden beim Sicherheitsniveau
884 nicht zu rechtfertigen.

885 64. Auch die Schifffahrt muss stärker in die Transportabläufe
886 eingebaut werden. Wasserstraßen werden bspw. für den Ost-West-
887 Handel immer bedeutsamer, da Lkw und Bahn dort an ihre
888 Kapazitätsgrenzen stoßen. Um die Umweltbelastungen durch reine
889 Transitverkehre zu begrenzen, muss durch geeignete Maßnahmen -
890 z.B. preisliche Anreize - deren verstärkte Verlagerung auf den
891 Schifffahrtsweg erreicht werden. Dies bedeutet allerdings, dass auch die
892 Reduktion von Schiffsemissionen und die Senkung des
893 Energieverbrauchs weiter vorangetrieben werden muss. Die CDU
894 setzt sich für eine zukunftsweisende, am Markt orientierte Politik für
895 Schifffahrt und Häfen ein, die klare Rahmenbedingungen für
896 Investitionen setzt und so notwendige Innovationen ermöglicht.
897 Beim Neubau und Ausbau muss mit Augenmaß vorgegangen
898 werden, um der Problematik des Hochwasserschutzes sowie der
899 Artenvielfalt und des Landschaftsschutzes Rechnung zu tragen.

900 **II.10 Für unsere Gesundheit – Umweltbelastungen abbauen**

901 65. Luft, Wasser und Nahrung sind Voraussetzungen für das
902 menschliche Leben. Ihre Reinheit und Qualität wirkt unmittelbar auf
903 die Gesundheit der Menschen. Gleichzeitig verändert der Mensch
904 durch Eingriffe in die Umwelt die Funktionsfähigkeit und die
905 Qualität der Umweltgüter. Eine umweltbezogene Gesundheitspolitik
906 hat auch eine wirtschaftliche und eine soziale Dimension.
907 Krankheiten haben eine enorme wirtschaftliche Komponente wie
908 bspw. Kosten für Behandlungen und Nachsorge bei
909 umweltbedingten Krankheiten, der Verlust an Arbeitszeiten etc.
910 Allein die in Europa durch die Verbesserung der Luftqualität
911 erreichten Gesundheitsfortschritte erbringen Ersparnis bis 2020 von
912 mindestens 42 Milliarden Euro.

913 66. Feinstaub ist wichtiger Einflussfaktor auf die menschliche
914 Gesundheit und eines der zentralen Handlungsfelder der
915 Luftreinhaltung. Feinstaub kann natürlichen Ursprungs sein
916 (beispielsweise infolge von Bodenerosion) oder aber durch
917 menschliches Handeln hervorgerufen werden (Abrieb im Verkehr, in
918 Energieversorgungs- und Industrieanlagen, bei der Metall- und

919 Stahlerzeugung oder auch beim Umschlagen von Schüttgütern und
920 beim Transport staubender Güter sowie in Haushalten). Besonders
921 hoch ist die Feinstaubbelastung in Großstädten, da hier vor allem
922 die Rußpartikel aus den Verbrennungsprozessen der Fahrzeuge
923 anfallen. Vielfach sind auch überregionale Ferntransporte für die
924 Belastungen vor Ort verantwortlich. Zwar geht die Belastung in
925 Deutschland im langjährigen Mittel leicht zurück, doch vor allem an
926 verkehrsreichen Straßen werden die geltenden Grenzwerte immer
927 wieder überschritten. Seit Januar 2005 gelten europaweit
928 Grenzwerte für Feinstaub in der Luft, die nur an wenigen Tagen im
929 Jahr überschritten werden dürfen. Kommunen und Länder, in denen
930 diese Werte nicht eingehalten werden konnten, haben inzwischen
931 Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet. Mit der Einschränkung
932 der Zufahrt in hoch belastete innerstädtische Gebiete für hoch
933 emittierende Fahrzeuge sind Maßnahmen zur Verbesserung der
934 Luftqualität ergriffen worden.

935 Auch im Bereich der Kleinf Feuerungsanlagen müssen die steigenden
936 Feinstaubemissionen reduziert werden: Viele Hersteller haben
937 bereits entsprechende Produkte entwickelt und im Sortiment.
938 Zukunftsfähiges Heizen bedeutet auch Heizen mit weniger
939 Feinstaubemissionen. Entscheidend ist jedoch auch, dass
940 Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung die Bürger nicht überfordern.

941 67. Neben der Außenluft ist auch die Luft in Innenräumen
942 besonders wichtig für die Gesundheit und das Wohlbefinden der
943 Menschen. Belastungen mit Schadstoffen oder Schimmelpilzsporen
944 sowie Baustoff und Einrichtungsgegenstände können hier zum
945 Problem werden. Zur Schaffung eines verbesserten
946 Innenraumklimas in Wohn-, Aufenthalts- und Büroräumen wollen
947 wir ein integriertes Konzept für Energiesparen und Raumklima
948 entwickeln.

949 68. Lärm ist ein ernst zu nehmendes Gesundheitsproblem. Nach
950 wissenschaftlichen Studien können dauerhaft hohe
951 Lärmbelastungen das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen
952 erhöhen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich, z.B. durch
953 den Straßenverkehrslärm belastigt. Nach dem Straßenverkehrslärm
954 und dem Nachbarschaftslärm ist der Luftverkehr die bedeutendste
955 Ursache für Lärmbelastungen. Auch der Schienenverkehrslärm ist
956 für die Anwohner ein großes Problem. Darüber hinaus spielt der
957 Freizeitlärm eine zunehmende Rolle.

958 Um die Zahl der Menschen, die regelmäßig erheblichem Lärm
959 ausgesetzt sind, deutlich zu verringern, müssen wir die
960 Lärmbekämpfung konsequent voranbringen. Vorrang haben neben
961 planerischen Maßnahmen und Instrumenten der
962 Verkehrsvermeidung und -verlagerung die Minderungsmaßnahmen
963 an der Quelle. Technische Verbesserungen am Fahrzeug und am
964 Fahrweg sind die effizientesten und dauerhaftesten Methoden, um
965 Lärm zu mindern. Darüber hinaus sollten die Berechnungsverfahren

966 für den Umgebungslärm vereinheitlicht werden. Auch die
967 Einführung lärmabhängiger Trassengebühren bei der Bahn wollen
968 wir prüfen. Um hohe Belastungen rasch abzubauen, sind aber auch
969 Minderungsmaßnahmen auf dem Ausbreitungsweg, vor allem
970 Lärmschutzwände und -wälle entlang von Straßen und
971 Schienenstrecken, wichtig. Hinzu kommen – etwa im Umland von
972 Flughäfen – Maßnahmen des baulichen Schallschutzes.

973 69. Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung vor
974 gesundheitlichen Gefahren durch elektrische, magnetische und
975 elektromagnetische Felder – etwa durch Mobilfunk, W-Lan aber
976 auch durch Hochspannungsleitungen - sind gesetzlich festgelegt.
977 Nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand ist bei
978 Einhaltung dieser Grenzwerte der Schutz der Gesundheit der
979 Bevölkerung auch bei Dauereinwirkung gewährleistet. Wir setzen
980 uns dafür ein, diese Thematik gleichwohl intensiv wissenschaftlich
981 weiter zu verfolgen und die Ergebnisse breit zu kommunizieren.

982 **III. Verbraucherschutz – für Lebensqualität und Bürgerrechte**

983 **III.1 Verbraucherpolitik der CDU: Leitbild mündiger und** 984 **informierter Verbraucher**

985 70. Verbraucherpolitik ist als unverzichtbarer Bestandteil der
986 sozialen und ökologischen Marktwirtschaft ein Kernanliegen der
987 CDU.

988 Umfassende Verbraucherpolitik geht weit über den reinen
989 Verbraucherschutz hinaus. Sie ist Wirtschaftspolitik von der
990 Nachfrageseite und Politik zur Bewahrung der Schöpfung. Die
991 Einbeziehung von Nachhaltigkeit, ökonomischen, ökologischen und
992 sozialen Aspekten ohne eine Vermehrung von Bürokratie ist
993 unumgänglich.

994 71. Unser Leitbild ist der mündige und eigenverantwortliche
995 Verbraucher, der informiert ist und auf Augenhöhe entscheiden
996 kann.

997 Der Staat muss die Rahmenbedingungen für effektiven
998 Verbraucherschutz und die berechtigte Durchsetzung von
999 Verbraucherinteressen setzen. Verbraucherpolitik ist aber nicht
1000 allein staatliche Aufgabe. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn
1001 Erzeuger, Verarbeiter, Vermarkter und Verbraucher mit- und
1002 zusammenwirken. Das setzt auch verantwortlich agierende
1003 Unternehmen voraus.

1004 72. Mit der zunehmenden Komplexität und Internationalität der
1005 Märkte, mit Liberalisierung, Deregulierung, dem Umbau der
1006 Sozialsysteme und neuen technischen Entwicklungen, v. a. im
1007 Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien,

1008 steigen die Anforderungen an die Verbraucher und somit die
1009 Bedeutung der Verbraucherpolitik. Gerade vor dem Hintergrund der
1010 Globalisierung sind Verbraucherstandards, die europaweit gelten,
1011 nicht nur ein Schutz der Verbraucher, sondern auch eine
1012 Unterstützung für unsere heimische Wirtschaft.

1013 73. Die CDU will eine Verbraucherpolitik, die ein hohes Maß an
1014 Lebensqualität sichert, Nachhaltigkeit, wirtschaftliches Wachstum
1015 und Innovationen fördert.

1016 Wir wollen, dass die Verbraucher preiswert einkaufen können und
1017 echte Wahlmöglichkeiten in Bezug auf Preise und Vielfalt des
1018 Angebotes haben. Verbraucher müssen sich auf die technische
1019 Sicherheit, gesundheitliche Unbedenklichkeit und
1020 Umweltfreundlichkeit von Produkten und Dienstleistungen
1021 verlassen und Qualität sofort und eindeutig erkennen können.
1022 Technische Neuentwicklungen und Innovationen sollen sie zügig
1023 nutzen können, ohne dabei unvermeidbare Risiken eingehen zu
1024 müssen.

1025 74. Die richtige Balance zwischen staatlichem Schutz und
1026 Selbstbestimmung ist uns wichtig. Verbraucherpolitik erfordert
1027 klare Gesetze, die einfach und praktikabel in der Anwendung sind.
1028 Wir wollen Überregulierung vermeiden und stattdessen einen
1029 Rechtsrahmen, der Verbraucher und Wirtschaft befähigt, ihren
1030 Beitrag zum Funktionieren der Märkte unter fairen Bedingungen zu
1031 leisten. Zu einer Politik, die den Verbrauchern weitgehend das
1032 Steuer in die Hand gibt, gehört die Durchsetzung von
1033 Verbraucherrechten. Deshalb legen wir hierauf ein besonderes
1034 Augenmerk.

1035 75. Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie muss
1036 durchgehend in den einzelnen Fachressorts verankert und eng
1037 zwischen Bund, Ländern und EU abgestimmt werden.

1038 **III.2 Bildung, Forschung, Interessenvertretung: die Basis für** 1039 **mündige Verbraucher**

1040 76. Verbraucherbildung ist die Basis für mündige Verbraucher.
1041 Sie muss schon frühkindlich beginnen und sich in der Schule
1042 fortsetzen. Dafür sind Verbraucherinhalte mit lebenspraktischem
1043 Bezug in den bestehenden Fächerkanon zu integrieren und
1044 anerkannte Bildungsstandards, insbesondere für die
1045 Themenbereiche Gesundheit und Ernährung, Finanzen und
1046 Vorsorge (Umgang mit Geld), Vertragsrecht und Energie zu
1047 entwickeln. Verbraucherbildung ist ein wichtiger Teil des
1048 lebenslangen Lernens. Hierin sehen wir einen gemeinsamen Auftrag
1049 von Staat, Wirtschaft, Medien und Verbänden. Verbraucherbildung
1050 darf auch nicht bei der Vermittlung von Fähigkeiten stehen bleiben,

1051 sondern muss wertorientiert sein und ethische Aspekte, wie
1052 Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, mit einbeziehen.

1053 77. Bisher fehlt in Deutschland eine breite wissenschaftliche
1054 Basis für die Verbraucherpolitik. Wir unterstützen die Entwicklung
1055 eines eigenständigen Wissenschaftsgebietes zur Erfassung und
1056 Bewertung verbraucherpolitischer Aktivitäten sowie zur
1057 Bereitstellung von Informationen und Erkenntnissen für politische
1058 Gremien.

1059 78. Verbraucher benötigen eine starke Interessenvertretung und
1060 -beratung. Die CDU steht dazu, den Verbraucherzentrale
1061 Bundesverband als Dachverband zu unterstützen und erwartet im
1062 Gegenzug eine an den Interessen der Verbraucher ausgerichtete
1063 Arbeit. Verbraucherzentralen vor Ort müssen ausreichend von den
1064 Ländern finanziert werden, aber auch durch attraktive Angebote
1065 Mittel aus der Beratungstätigkeit erwirtschaften. Dabei ist der
1066 Einsatz elektronischer Medien effektiv, unverzichtbar bleibt aber der
1067 persönliche Kontakt. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die
1068 Beratungsleistung an Qualitätsstandards und -leitlinien
1069 ausgerichtet wird und auch in der Fläche zur Verfügung steht. Um
1070 die Finanzierung unabhängiger von Haushaltsrisiken zu machen
1071 und auch die Wirtschaft finanziell einfacher zu beteiligen, wollen wir
1072 eine Stiftungslösung prüfen.

1073 **III.3 Schutz für sensible Gruppen: alle Verbraucher mitnehmen**

1074 79. Wir wollen die Teilhabe aller Verbraucher. Zur Aufklärung
1075 und Beratung insbesondere sensibler Verbrauchergruppen werden
1076 wir gezielte Anstrengungen unternehmen. Sie bedürfen auch eines
1077 besonderen Schutzes. Wir erwarten dazu auch einen Beitrag der
1078 Wirtschaft durch Selbstverpflichtungen (z.B. in der Werbung), die
1079 über Regelungen zu Information, Monitoring und Sanktionen
1080 verbindlicher werden.

1081 80. Die Verwendung allgemeinverständlicher Begriffe bei
1082 verbraucherrelevanten Informationen ist uns ein großes Anliegen.
1083 Gerade für ältere Menschen müssen zudem Warnhinweise,
1084 Inhaltsangaben und Gebrauchsanleitungen klar und in
1085 Mindestschriftgrößen formuliert werden. Die Informations- und
1086 Beratungsmöglichkeiten für Verbrauchergruppen mit erhöhtem
1087 Bedarf wollen wir weiterentwickeln und dafür auch moderne
1088 technische Verfahren nutzen.

1089 81. Kinder und Jugendliche sind auf vielen Märkten eine wichtige
1090 Zielgruppe, aber als Konsumenten noch unerfahren und oft
1091 gutgläubig. Deshalb ist neben früher Sensibilisierung für
1092 Verbrauchertemen, praxisorientierter Verbraucherbildung und
1093 gezielter Aufklärung auch immer wieder die Überprüfung oder
1094 Definition von Schutzgrenzen erforderlich. Das gilt z.B. für

1095 Altersgrenzen im Jugendschutzgesetz für legale Rauschmittel und
1096 Regelungen zum Aufenthalt in Gaststätten, aber auch
1097 altersbezogene Nutzungsbeschränkungen für Leistungen der sog.
1098 Schönheitsmedizin und gesundheitsgefährdende Anwendungen.

1099 82. Verbraucherinformation und –aufklärung muss für Mitbürger
1100 mit Migrationshintergrund gezielt erfolgen. Deshalb werden wir z.B.
1101 den Zugang über Migrantenorganisationen und –medien suchen.

1102 **III.4 Kennzeichnung, Gütesiegel, Qualitätstests: klare Wegweiser** 1103 **für Verbraucher**

1104 83. Verbraucher müssen sich ohne großen Aufwand informieren
1105 können. Uns ist wichtig, dass sie neutrale, wahrhaftige und
1106 relevante Informationen erhalten. Wir wollen Kennzeichnungen
1107 voranbringen, die den Verbraucher wirklich erreichen, d.h.
1108 transparent, leicht verständlich und auf das Wesentliche reduziert
1109 sind. Zuviel Information bewirkt oft das Gegenteil, eine zu starke
1110 Vereinfachung eine Verzerrung.

1111 Bei allen Lebensmitteln müssen die Verbraucher sich schon auf der
1112 Verpackung schnell und übersichtlich über Nährwerte, Inhaltsstoffe
1113 und Abdeckung des Tagesbedarfs informieren können. Eine
1114 rechtlich vorgeschriebene ausschließliche Farbkennzeichnung
1115 lehnen wir als stigmatisierend und irreführend ab. Sie wird der
1116 Komplexität von Lebensmitteln nicht gerecht und wirkt mehr
1117 einkaufssteuernd als informierend. Wir wollen neutrale, klare
1118 Informationen, die die Menschen zu einer stärkeren Beschäftigung
1119 mit ihrer Ernährung anregen.

1120 Wir befürworten Siegel, die internationale Sozial- und
1121 Nachhaltigkeitsstandards, die von den entsprechenden
1122 internationalen Organisationen entwickelt wurden, wiedergeben,
1123 und die Entwicklung von Modellen zur Kennzeichnung umwelt- und
1124 klimafreundlich hergestellter Lebensmittel und Produkte.

1125 84. Wir streben ein zentrales Verbrauchertelefon mit
1126 Lotsenfunktion für Fragen rund um Produkte und Dienstleistungen
1127 an. Dazu wollen wir prüfen, ob dies in die einheitliche
1128 Behördenrufnummer 115 implementiert werden kann.

1129 85. Die Arbeit der Stiftung Warentest unterstützen wir, denn
1130 unabhängige Qualitätstests geben dem Verbraucher eine sichere
1131 Orientierung für seine Kaufentscheidung. Wir erwarten, dass sie
1132 sich in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft neuen Märkten zuwendet
1133 und neben Qualität und Preiswürdigkeit verstärkt die
1134 Umweltfreundlichkeit der Produkte und Dienstleistungen
1135 berücksichtigt.

1136 86. Für eine kompetente und verständliche Vermittlung von
1137 verbrauchernahen Informationen spielen die Medien eine wichtige
1138 Rolle. Deshalb sprechen wir uns für mehr Qualifikationsangebote
1139 für Verbraucherjournalisten und eine stärkere Berücksichtigung des
1140 Themas in Journalistenschulen und bei Medienstudiengängen und
1141 –fortbildungen aus. Wir regen einen Journalistenpreis für
1142 Verbraucherthemen an.

1143 **III.5 Verbraucherrechte: einfach und effektiv durchsetzen**

1144 87. Damit Verbraucherrechte kein stumpfes Schwert sind,
1145 müssen sie leicht durchsetzbar sein. Gemäß dem Grundsatz, dass
1146 der Staat seine Einflussnahme auf die Beziehung zwischen
1147 Verbraucher und Wirtschaft auf ein Mindestmaß beschränken sollte,
1148 appelliert die CDU an die Wirtschaft, selbst für einfache und klare
1149 Reklamationswege zu sorgen und auch im Zusammenhang mit
1150 Rechtsschutzmöglichkeiten für Verbraucher Selbstverpflichtungen
1151 einzugehen und ernst zu nehmen. Wo dies nicht geschieht, muss es
1152 gesetzlich verbindliche Regelungen geben.

1153 Wir wollen, dass die Verbraucher sich ohne unzumutbaren Aufwand
1154 einen Überblick über ihre Rechte verschaffen können. Deshalb
1155 sprechen wir uns für eine weitere Standardisierung der
1156 Verbraucherinformation bei Rechtsschutz- und
1157 Reklamationsmöglichkeiten etwa über Musterinformationsblätter
1158 aus.

1159 Bei der Stiftung Warentest werben wir dafür, den Umgang von
1160 Unternehmen mit Reklamationen verstärkt auch als Kriterium bei
1161 Tests von Waren und Dienstleistungen einzusetzen.

1162 88. Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegung sind in der
1163 Regel weniger aufwendig, kostspielig und langwierig als
1164 Gerichtsverfahren und haben damit grundsätzlich Vorteile für
1165 Verbraucher wie Unternehmen. Dies gilt insbesondere bei
1166 grenzüberschreitenden Streitigkeiten. Unser Ziel ist es deshalb, eine
1167 möglichst lücken- und reibungslose Streitschlichtung in Europa zu
1168 gewährleisten.

1169 Das in Deutschland zur außergerichtlichen Streitschlichtung im
1170 Versicherungsbereich etablierte Ombudsverfahren empfehlen wir
1171 auch auf andere Bereiche, wie den öffentlichen Personenverkehr, zu
1172 übertragen und gleichzeitig seine Qualitätssicherung
1173 voranzubringen.

1174 Bei gerichtlichen Auseinandersetzungen hat sich das
1175 Individualrecht für den Verbraucherschutz grundsätzlich bewährt. In
1176 speziellen Fällen, bei denen z.B. eine Vielzahl gleich gelagerter
1177 Verbraucherstreitigkeiten mit Bagatellwert vorliegt, sind

1178 Verbraucherverbänden Möglichkeiten der kollektiven Durchsetzung
1179 gegeben worden.

1180 **III.6 Verbraucherpolitik ohne Grenzen: regional, europäisch,** 1181 **global**

1182 89. Wir wollen Europäisierung und Globalisierung so gestalten,
1183 dass sie nachhaltig Vorteile für die Verbraucher bringen.

1184 Das Verbraucherrecht sollte in der ganzen EU vergleichbar, nicht
1185 aber in jeder Einzelregelung gleich sein. In der europäischen
1186 Verbraucherpolitik streben wir deshalb eine Kombination von
1187 Mindeststandards und abschließenden Regelungen (z.B. bei der
1188 Vereinheitlichung von Widerrufsfristen, von Fristen für die
1189 Gewährleistung und bei Informationspflichten) an. Wir unterstützen
1190 zudem die Schaffung eines gemeinsamen europäischen
1191 Referenzrahmens als Instrument, das die Vertragsparteien freiwillig
1192 zur Ausgestaltung ihrer Rechtsbeziehungen wählen können. Ein
1193 Beispiel für den sinnvollen Einsatz ist der Internethandel. Jeder
1194 Käufer könnte sich bei Vertragsabschluss durch einfachen Button-
1195 Klick für das Europäische Vertragsrecht entscheiden.

1196 90. Auch die Weltmärkte brauchen Regeln, um monopolisierte
1197 Marktmacht zu verhindern, Fairness und Gesundheitsschutz zu
1198 gewährleisten. Die Harmonisierung von internationalen Normen und
1199 Standards bzw. die Anerkennung unter Sicherung von
1200 Mindestanforderungen liegt im Interesse des Verbraucherschutzes
1201 und der Wirtschaft. Wir wollen, dass Verbraucherschutzstandards
1202 international stärker berücksichtigt und abgestimmt werden. Das
1203 gilt auch für die Verankerung und Durchsetzung des Schutzes des
1204 geistigen Eigentums. Nur so können die Qualität von
1205 Markenprodukten und die zunehmend damit verbundene
1206 Zusicherung fairer Produktionsbedingungen gewährleistet werden.
1207 Zwar sind die Verbraucher zunächst einmal Nutznießer der
1208 Globalisierung, doch viele ausländische Produkte und
1209 Dienstleistungen werden nicht unter den gleichen Bedingungen
1210 hergestellt bzw. erbracht wie Produkte und Dienstleistungen aus
1211 Deutschland. Solange der Verbraucher nicht weiß, warum die
1212 Kosten der nach unseren Standards hergestellten Produkte höher
1213 sind, wird er intuitiv nach den billigeren Produkten greifen.

1214 91. Mit den Herausforderungen der Globalisierung wächst
1215 gleichzeitig das Bedürfnis nach regionaler Identität. Die heimische
1216 Produktion ist zudem ein wichtiges Merkmal für gute Qualität und
1217 hohe Standards im Tier-, Hygiene- und Umweltschutz. Wir
1218 unterstützen deshalb Informationsinitiativen über die
1219 Zusammenhänge von Regionalität, Qualität und
1220 Ressourcenschonung und setzen uns für eine verbindliche
1221 nationale Herkunftskennzeichnung - gegebenenfalls in Abgrenzung
1222 vom Verarbeitungsort - vor allem bei Lebensmitteln ein.

1223 **III.7 Gesundheit, sichere Lebensmittel und andere Produkte:**
1224 **Grundpfeiler des Verbraucherschutzes**

1225 92. Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass die
1226 Lebensmittel und die Produkte sicher sind.

1227 Wir setzen uns für eine ausreichende Ausstattung der
1228 Lebensmittelüberwachung und für den weiteren Ausbau der
1229 länderübergreifenden Zusammenarbeit ein. Verbraucher müssen bei
1230 Mängeln korrekt und schnell über Produkte und Firmen informiert
1231 werden, vorsätzliche Gesundheitsgefährdungen, Täuschungs- und
1232 Betrugstaten müssen konsequent verfolgt und strikt sanktioniert
1233 werden. Noch existierende Wissens- und Handlungslücken auf dem
1234 Gebiet der Lebensmittelsicherheit, z. B. in Bezug auf
1235 technologische Entwicklungen wie die Nanotechnologie, wollen wir
1236 schließen. RFID (Radio-Frequenz-Identifikation) wollen wir
1237 datenschutzkonform einsetzen.

1238 93. Voraussetzungen für ein gesundes Leben sind das Wissen
1239 über die Nahrungsmittel und eine ausgewogene Ernährung. Eine
1240 Regionalität und Saisonalität beachtende Ernährung ist zugleich ein
1241 Eckstein eines nachhaltigen und umweltfreundlichen Lebensstils.
1242 Hauptansatzpunkte sehen wir in der Ernährungsbildung an Schulen,
1243 in Informationskampagnen sowie in einer guten
1244 Lebensmittelkennzeichnung.

1245 94. Zur Sicherheit der Produkte fordern wir den Ausbau der
1246 Markt- und Produktüberwachung beim Import auf den Binnenmarkt,
1247 die stärkere Zusammenarbeit der Kontrollstellen in Europa und die
1248 Einführung eines freiwilligen europäischen Sicherheitszeichens mit
1249 hohem Niveau nach dem Vorbild des Gütesiegel-Zeichens.

1250 95. Mit den wettbewerblichen Reformen des Gesundheitswesens
1251 und mit dem Anwachsen eines kommerziellen Sektors im
1252 Grenzbereich Gesundheit-Schönheit-Wohlfühlen wird
1253 Verbraucherschutz zu einem zunehmend wichtigen Handlungsfeld
1254 im Gesundheitswesen. Rund um Schönheitschirurgie, Kosmetik,
1255 Nahrungsergänzungsmittel und beim Betrieb von Solarien sind
1256 Berufstitel zu definieren, Selbstverpflichtungen zu fördern,
1257 Heilsversprechen zu verbieten, Aufklärung zu betreiben und
1258 Schutzgrenzen z.B. für Jugendliche zu definieren. Auch sprechen
1259 wir uns für transparente Qualitätsbewertungen und –vergleiche von
1260 Gesundheitseinrichtungen aus.

1261 **III.8 Energie und Mobilität: günstig, umweltfreundlich und sicher**

1262 96. Der Verbraucher spielt eine wichtige Rolle beim Umwelt- und
1263 Klimaschutz. Wir wollen ihm ermöglichen, diese Rolle aktiv
1264 wahrzunehmen und über Innovationen Geld zu sparen. Energie und
1265 Mobilität müssen zudem sicher und preiswert sein.

1266 Unser Ziel ist die Ausdehnung der
1267 Energieverbrauchskennzeichnung für Elektrohaushaltsgeräte auf
1268 weitere Produktgruppen. Neben transparenteren und
1269 aussagekräftigeren Kennzeichen für Energieklassen sollte zukünftig
1270 auch der durchschnittliche Stromverbrauch direkt ausgewiesen
1271 werden.

1272 Bürger, die ihre Häuser isolieren, ihre Heizungen modernisieren und
1273 auf erneuerbare Energien setzen, werden weiterhin gezielte
1274 Förderungen erhalten. Die Sanierung von Häusern zum Zwecke der
1275 CO₂-Einsparung soll stärker als bisher unterstützt werden.

1276 97. Die CDU will transparente Energiepreise. Unabdingbar dafür
1277 ist ein funktionierender Wettbewerb. Auf der Regulierungsseite hat
1278 die Bundesregierung bereits die Weichen gestellt. Strom- und
1279 Gaskonzerne müssen inzwischen nachweisen, dass ihre
1280 Preiserhöhungen gerechtfertigt sind. In den nächsten Jahren
1281 versprechen wir uns von der Stärkung des EU-
1282 Energiebinnenmarktes erhebliche Wettbewerbsimpulse und
1283 unterstützen deshalb effiziente Systeme des grenzüberschreitenden
1284 Netzbetriebs und Stromhandels sowie gemeinschaftsweit
1285 kooperationsfähige Regulierungsstellen.

1286 Entscheidend für die Beförderung des Wettbewerbs sind die
1287 Verbraucher. An sie appellieren wir, Strom- und Gaspreise zu
1288 vergleichen und eine bewusste Anbieterwahl vorzunehmen.

1289 Die Verbraucher müssen aber auch wissen, dass ein ausreichendes
1290 Angebot aus einem ausgewogenen nachhaltigen Energiemix die
1291 Grundlage für günstige Energiepreise ist. Es setzt den Kapazitäts-
1292 und Leitungsausbau sowie die Modernisierung des Kraftwerkparks
1293 ebenso voraus wie den Ausbau erneuerbarer Energien und bis auf
1294 weiteres einen Beitrag der Kernenergie zum Energiemix.

1295 98. Umweltfreundlichkeit und Fahrgastrechte sind die
1296 Schwerpunkte unserer Verbraucherpolitik im Verkehr. Nur bei
1297 ausreichendem Angebot und Kundenorientierung ist der öffentliche
1298 Verkehr für den Verbraucher eine Option für umweltfreundliche
1299 Mobilität.

1300 Ein wichtiges Fahrgastrecht ist die Entschädigung für
1301 Verspätungen. Die Entschädigungsleistung muss nach einer
1302 angemessenen Zeit (z.B. im Bahnfernverkehr nach 30 Minuten)
1303 einsetzen. Dabei gilt es, die gesamte Transportkette in den Blick zu
1304 nehmen und vor allen Dingen einfache und unbürokratische
1305 Durchsetzungsmöglichkeiten für den Verbraucher sicherzustellen.

1306 **III.9 Digitale Welt: Souveränität und Schutz der Verbraucher**
1307 **gewährleisten**

1308 99. Die fortschreitende Entwicklung der Informations- und
1309 Kommunikationstechniken und des Internets bieten dem
1310 Verbraucher viele neue Möglichkeiten. Fairer Zugang, Sicherheit
1311 von Daten und Geschäften, Schutz vor Belästigungen und
1312 Betrügereien sind zu gewährleisten. Zudem geht es auch um die
1313 Sicherheit der Integrität und Identität der Verbraucher im Internet.

1314 Unlautere Telefonwerbung, belästigende Werbemails und
1315 Kostenfallen im Internet wollen wir zurückdrängen, Verstöße gegen
1316 bestehende Verbote scharf ahnden und Verbraucher vor
1317 unterschobenen Verträgen schützen.

1318 Zur Absicherung von Transaktionen und zur sicheren Identifikation
1319 im Internet unterstützen wir die Entwicklung preislich attraktiver
1320 und leicht handhabbarer elektronischer Signatursysteme, z.B. im
1321 Rahmen des Elektronischen Personalausweises.

1322 100. Wir wollen eine kundenfreundliche digitale Welt. Weder
1323 dürfen die Kosten für elektronischen Service – zumindest bei
1324 gerechtfertigten Beschwerden und im Gewährleistungsfall – noch
1325 für Telefonwarteschleifen auf den Kunden verlagert werden. Auch
1326 setzen wir uns für die Einrichtung einer im europäischen Raum
1327 möglichst grenzüberschreitend arbeitenden Internet-Beschwerde--
1328 /Schlichtungsstelle für den elektronischen Einkauf ein. Digitale
1329 Bildung in der Schule ist ebenso wichtig wie außerschulische
1330 Angebote insbesondere auch für ältere Menschen.

1331 101. Zur digitalen Welt gehören neue Techniken, wie die RFID-
1332 Technik. Der Einsatz von RFID-Funketiketten bietet Chancen für den
1333 Verbraucherschutz (z.B. Rückverfolgbarkeit, Haltbarkeit), im
1334 Endkundenbereich sind aber zwingende informations- und
1335 datenschutzrechtliche Voraussetzungen zu erfüllen wie
1336 Kennzeichnung und Deaktivierung nach dem Kauf.

1337 **III. 10 Finanzieller Verbraucherschutz: Finanzkompetenz und faire**
1338 **Finanzdienstleistungen**

1339 102. Die finanzielle Lebensgestaltung stellt Verbraucher heute im
1340 größeren Maße vor Herausforderungen. Bei allen Finanz- und
1341 Versicherungsgeschäften haben Transparenz und Sicherheit für
1342 uns Priorität. Wir regen die Entwicklung von Finanzsiegeln an, die
1343 zum einen die Beratung z.B. über die Einhaltung gesetzlicher
1344 Vorgaben hinaus sowie zum anderen Transparenz- und
1345 Risikokriterien widerspiegeln. Dazu gehört, dass die Hausbanken
1346 Verbraucher auf günstige KfW-Programme, etwa im Bereich
1347 Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, hinweisen und die
1348 Angebote an sie weiterreichen. Ebenso müssen sogenannte Scores,

1349 die der Bonitätsbeurteilung dienen, transparent und dem Kunden
1350 zugänglich sein. Sie dürfen nicht einziges Kriterium im
1351 Entscheidungsprozess sein. Ihr Einsatz muss klar geregelt werden.

1352 103. Wir wollen die Rechte der Kreditnehmer gegenüber ihren
1353 Darlehensgebern im Falle eines Kreditverkaufs stärken.

1354 104. Wichtig für die Verbraucher ist die Gewährleistung effektiver
1355 Beschwerdestellen bei der Bankenaufsicht. Die Beschwerden von
1356 Endkunden sind ein wichtiges Beurteilungskriterium für das
1357 Verhalten der Institute am Markt, und die Politik kann die
1358 notwendige Rückkopplung erhalten. Der Bundesanstalt für
1359 Finanzdienstleistungsaufsicht sollte der Verbraucherschutz als
1360 gesetzliche Aufgabe für alle Finanzmarktsektoren übertragen
1361 werden, also nicht nur für den Versicherungsbereich.

1362 105. Auch in Deutschland ist Überschuldung zu einem ernsthaften
1363 Problem geworden. Wir wollen Wege aus der Verschuldung weisen,
1364 sie aber mit Verbraucheraufklärung und Prävention in Zukunft auch
1365 stärker im Vorfeld verhindern. Dies setzt eine dauerhaft gute
1366 Ausstattung der Schuldnerberatungsstellen voraus. Wir appellieren
1367 an die Banken, jedem die Einrichtung eines Guthabenkontos zur
1368 Erledigung seiner Alltagsgeschäfte zu ermöglichen.